

Düngemitteln und Maschinen steht trotz mancher staatlichen Bemühung das Versagen der Silo-Genossenschaften anfangs der 90er Jahre auf dem Gebiete des Kornabsatzes gegenüber.

Eine vollständige Erfassung des Verhältnisses von Staat und Handel verlangt aber die Erwähnung, daß der Staat den Handel keineswegs nur zu Gunsten der Genossenschaften ausgeschaltet hat. Vor allem im Kriege findet in diesem Vorgange die staatliche Zwangswirtschaft ihren grundsätzlich wie quantitativ stärksten Ausdruck, ganz ohne Rücksicht auf die Genossenschaften. Sodann haben im Kriege mindestens dieselbe Bevorzugung wie Genossenschaften und Handwerker industrielle Erzeuger und solche Personen, die von staatlichen Beschaffungsstellen dafür gehalten wurden, erfahren. Um den illegitimen Handel in Gestalt fachunkundiger Schmarozker unschädlich zu machen, hat die Heeresverwaltung zu Ende des Jahres 1914 die Vermittlung des gesamten Handels für ihre Lieferungen so gut wie ausgeschaltet. Die Aufträge sollten nur dem zünftigen „Produzenten“ unmittelbar übertragen werden, d. h. demjenigen, der sich zufällig als „Erzeuger“ anbot, oder der Beschaffungsstelle als solcher bekannt war. Seit einiger Zeit scheinen die Nachteile dieses Systems (vgl. S. 15/16) zu einer freundlicheren Beurteilung des legitimen Handels durch die Heeresverwaltung geführt zu haben.

Wenn der Staat sich bei seiner Ausschaltung des Handels außer auf die von Oppenheimer gekennzeichnete Theorie vielleicht auf die praktische Verdrängung des Handels durch die Produzenten im engeren Sinne gestützt haben sollte, wie sie in einigen Gewerbebezügen zu beobachten ist, so ist allerdings zuzugeben, daß z. B. im Absatz von Eisen und Kohlen der Handel durch Produzentenkartelle vielfach in die Rolle eines dienenden Agenten gedrängt worden ist. Die fortschreitende Normalisierung der Eisenverarbeitung und der Zusammenschluß der Produktion im Stahlbund scheinen einstweilen auf diesem Wege fortzuführen zur vollständigen Syndizierung der B-Produkte. Auch aus England hörten wir, daß mit Unterstützung des Staates industrielle Verbände, vornehmlich der Textilindustrie für die Friedenswirtschaft eine Ausschaltung des Rohstoffhandels durch eigene Bezugsorganisationen planten. Ein schwerer Irrtum aber wäre es, wollte man etwa in der deutschen Kohlenwirtschaft über der Machtstellung der Syndikate die ihnen unentbehrliche Ergänzung durch